

September 2025

BWKG-Positionen zur Landtagswahl 2026

Die BWKG hat Positionen und Erwartungen ihrer Mitglieder zur Landtagswahl formuliert. Zunächst werden die gemeinsamen Erwartungen der Einrichtungen vorgestellt und anschließend die spezifischen Erwartungen der Krankenhäuser, Rehabilitationskliniken, Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Eingliederungshilfe.

Gemeinsame Erwartungen der Krankenhäuser, Reha-Kliniken, Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Eingliederungshilfe

Effizienzsteigerung im Gesundheits- und Pflegesystem

Als Folge der demografischen Entwicklung wachsen die Anforderungen an das Gesundheits- und Pflegesystem, während gleichzeitig die Zahl der Fachkräfte sinkt. Die BWKG-Mitglieder setzen sich in ihrer täglichen Arbeit dafür ein, eine gute Versorgung sicherzustellen. Damit das auch in Zukunft gelingen kann, muss die Effizienz weiter gesteigert werden. Würde man es schaffen, die Bürokratiebelastung jedes Beschäftigten im Gesundheitswesen um nur eine Stunde pro Tag zu reduzieren, stünden tausende Stellen zusätzlich für die Patientenversorgung zur Verfügung. Außerdem wäre es deutlich effizienter, wenn die ambulante fachärztliche Versorgung stärker an die Krankenhausstandorte angebunden würde – so, wie es in vielen anderen Ländern der Fall ist. Darüber hinaus ist eine bessere Patientensteuerung erforderlich.

Erwartungen der BWKG-Mitglieder:

- Die Landesregierung setzt sich für einen weiteren Bürokratieabbau ein.
- Die Landesregierung setzt sich für die Abmilderung der doppelten Facharztschiene ein.
- Die Landesregierung setzt sich für eine bessere Steuerung der Patienten ein.

Klimaschutz stärken und auf den Klimawandel reagieren

Gesundheitseinrichtungen sind große Energieverbraucher. Sie könnten viel Energie einsparen und so einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten, wenn sie die hierfür erforderlichen Investitionen tätigen könnten. Zugleich müssen sie sich an die sich verändernden klimatischen Bedingungen anpassen. Die Einrichtungen sind zu Veränderungen bereit, müssen aber in die Lage versetzt werden,

Baumaßnahmen, die der Klimafreundlichkeit (beispielsweise Dämmung, Photovoltaik) oder dem Hitzeschutz (beispielsweise Klimaanlage, Abschattung) dienen, umzusetzen.

Investitionen in den Klimaschutz und zur Klimafolgenanpassung durch gezielte Förderprogramme.

Förderung von Investitionen zur Krisenvorsorge

Die Vorbereitungen auf mögliche Gefahrenlagen haben in den vergangenen Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Das haben die Corona-Pandemie und der Krieg gegen die Ukraine gezeigt. Die BWKG-Mitglieder sind bereit, sich auf neue Herausforderungen einzustellen. Dazu benötigen sie jedoch klar formulierte Krisenszenarien. Sind zusätzliche Investitionen nötig, müssen die entsprechenden Mittel dafür bereitgestellt werden.

Erwartungen der BWKG-Mitglieder:

- Die Landesregierung erarbeitet konkrete Krisenszenarien, auf die sich die Einrichtungen einstellen sollen.
- Die Landesregierung stellt Fördermittel für Investitionen in die Krisensicherheit bereit.

Digitale Infrastruktur im Land stärken

Der Aufbau einer gemeinsamen digitalen Plattform für die Gesundheitseinrichtungen bietet erhebliche Chancen für eine bessere und effizientere Gesundheitsversorgung. Das Projekt MEDI:CUS soll dazu einen wichtigen Beitrag leisten und wird von der BWKG mit Engagement unterstützt.

Erwartungen der BWKG-Mitglieder:

- Die Landesregierung unterstützt und fördert das Projekt MEDI:CUS weiterhin und stellt nach der Modellphase auch den Regelbetrieb sicher.

Gesundheitsprävention stärken

Gesundheitsprävention ist nicht nur eine individuelle Verantwortung, sondern auch eine gesellschaftliche Notwendigkeit, um die Gesundheit der Bevölkerung zu fördern und die Belastung des Gesundheitssystems zu verringern. Die BWKG-Mitglieder sind bereit, sich hier weiterhin zu engagieren.

Erwartungen der BWKG-Mitglieder:

- Die Landesregierung fördert Präventionsprojekte, die sich an die gesamte Bevölkerung richten, um die Gesundheitsversorgung flächendeckend zu verbessern. Dabei werden insbesondere die Angebote der Vorsorge- und Reha-Kliniken berücksichtigt.

Schnelle und unbürokratische Anerkennung ausländischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Ausländische Fachkräfte sind im deutschen Gesundheitswesen von großer Bedeutung. Für sie ist eine schnelle Anerkennung sowie eine bürokratiearme und zügige Erteilung und Verlängerung ihrer Aufenthalts- und Arbeitsberechtigungen wichtig. Ein entscheidender Schritt hierzu ist die neu eingerichtete Landesagentur zur Anerkennung. Sie muss aber zu allen Fragen, die die ausländischen Fachkräfte betreffen, eingeschaltet werden können. Denn es gibt nach wie vor große Probleme bei der Verlängerung von Titeln und beim Wechsel von Arbeitgebern.

Erwartungen der BWKG-Mitglieder:

- Die Landesregierung sorgt dafür, dass die Landesagentur zur Anerkennung in allen Verfahren zur Anerkennung, Aufenthalts- und Arbeitsberechtigung für ausländische Fachkräfte eingeschaltet werden kann.
- Die Landesregierung setzt sich auf Bundesebene für eine zügige Umsetzung der Maßnahmen zur Digitalisierung, Bündelung und Beschleunigung der Verfahren für ausländische Fachkräfte ein.

Fortführung der Finanzierung der regionalen Koordinierungsstellen für die Pflegeausbildung

Die regionalen Koordinierungsstellen sind bei der effektiven Verteilung der knappen praktischen Einsatzstellen in der generalistischen Pflegefachkraftausbildung von großer Bedeutung. Und der Koordinierungsaufwand wird steigen, weil im Rahmen der geplanten Pflegeassistentenausbildung ab 2027 drei Pflichteinsätze zu absolvieren sind. Die Förderung der Koordinierungsstellen im Rahmen des Landeshaushalts endet allerdings im Herbst 2025. Aufgrund der großen Finanzprobleme der Stadt- und Landkreise ist eine Finanzierung ausschließlich aus Kreismitteln oft nicht möglich, was die Fortführung der Koordinierungsstellen bedroht.

Erwartungen der BWKG-Mitglieder:

- Die Landesregierung verlängert die Förderung der regionalen Koordinierungsstellen für die Pflegeausbildung.

Bezahlbarer Wohnraum und Kinderbetreuung für in der Pflege tätige Personen

Vor allem in den größeren Städten können sich viele nichtärztliche Fachkräfte im Gesundheits- und Pflegebereich aufgrund steigender Mieten und hoher Immobilienpreise kaum noch eine eigene Wohnung leisten. Dies belastet die Mitarbeitenden erheblich, führt zu einem zunehmenden Fachkräftemangel und beeinträchtigt somit die Versorgungsqualität. Ein weiterer wichtiger Faktor für die Fachkräfte ist die Verfügbarkeit bezahlbarer Kinderbetreuungsmöglichkeiten, die an die Dienstzeiten der Pflegenden angepasst sind. Nur wenn die Rahmenbedingungen stimmen, ist es möglich, Menschen mit Kindern in der Pflege zu beschäftigen.

Erwartungen der BWKG-Mitglieder:

- Die Landesregierung stellt den Kommunen und Trägern von Gesundheitseinrichtungen Mittel für den Bau und die Förderung von bezahlbarem Wohnraum für Fachkräfte bereit.
- Die Landesregierung fördert die betriebliche Kinderbetreuung.

Landtagswahl 2026 - Erwartungen der ambulanten und stationären Reha-Kliniken

Zugang zur Reha erleichtern

Obwohl Versicherte ein gesetzlich verankertes Wunsch- und Wahlrecht haben, werden sie von ihrer Krankenkasse immer wieder mit Mehrkosten bei der Auswahl einer anderen Reha-Klinik belastet. Dabei wird ohne transparente Einzelfallprüfung oder erkennbare medizinische Abwägung auf den Grundsatz der Wirtschaftlichkeit verwiesen. In der stationären Krankenhausversorgung sowie bei Reha-Leistungen der Deutschen Rentenversicherung (DRV) gilt hingegen ein freies und uneingeschränktes Wahlrecht unter zugelassenen Leistungserbringern. Der Zugang zur medizinischen Rehabilitation ist zudem unnötig bürokratisch. Anders als bei vergleichbaren Leistungen muss sie trotz ärztlicher Empfehlung genehmigt werden. Unterschiedliche Antragsformulare und Verfahren der Kostenträger erschweren eine zügige Weiterversorgung zusätzlich.

Erwartungen der BWKG-Mitglieder:

- Die Landesregierung setzt sich dafür ein, dass Versicherte der GKV jede geeignete Reha-Klinik mit Versorgungsvertrag wählen können, ohne finanziell zusätzlich belastet zu werden.
- Die Landesregierung setzt sich für die Streichung des Genehmigungsvorbehalts für Leistungen der medizinischen Rehabilitation im Bereich der GKV ein.
- Die Landesregierung setzt sich für gemeinsame Antragsunterlagen der DRV und GKV ein.

Auskömmliche Finanzierung der Reha muss sichergestellt werden

Eine aktuelle [Prognos-Studie](#) unterstreicht einmal mehr die gesamtwirtschaftliche Bedeutung medizinischer Rehabilitation: Sie sichert Beschäftigung und Arbeitsfähigkeit, stärkt regionale Wertschöpfung und unterstützt das Gesundheitssystem. Gleichzeitig haben viele Einrichtungen mit steigenden Kosten zu kämpfen. Diese werden genauso wie die steigenden Anforderungen an Qualität und Versorgung in den Vergütungssystemen nicht ausreichend berücksichtigt. In der DRV sind die Ausgaben für Reha-Leistungen seit Jahren gedeckelt. In der GKV erschweren systembedingte Fehlanreize die konsequente Umsetzung des Grundsatzes „Reha vor Pflege“. Denn während die Reha von den Krankenkassen finanziert wird, liegt der finanzielle Nutzen eher bei der Pflegeversicherung.

Erwartungen der BWKG-Mitglieder:

- Für Investitionen in eine moderne und sichere IT sowie ihren Betrieb sind ausreichend Mittel notwendig - etwa über einen Digitalisierungs-Zuschlag. Die Landesregierung setzt sich hierfür ein und berücksichtigt die Reha-Kliniken bei Digitalisierungsprojekten auf Landesebene.
- Die Landesregierung setzt sich dafür ein, dass in der Vergütung der Reha-Leistungen die überdurchschnittlichen Personal- und Sachkosten im Land berücksichtigt werden.
- Die Landesregierung setzt sich für die Möglichkeit zur Anrufung einer Schiedsstelle und die Abschaffung des „Reha-Deckels“ in der Rentenversicherung ein.
- Die Landesregierung setzt sich dafür ein, dass die Pflegeversicherung an den Kosten von Reha-Maßnahmen für ältere Versicherte beteiligt wird.

Reha-Kliniken als Ausbildungsträger zulassen

Obwohl pflegerisches und therapeutisches Personal für die Qualität der Rehabilitation von zentraler

Bedeutung ist, dürfen Reha-Kliniken derzeit nicht selbst Ausbildungsträger sein. Diese Beschränkung steht im Widerspruch zu den Anforderungen einer modernen Patientenversorgung. Reha-Kliniken haben eine interdisziplinäre Struktur und bieten durch längere Behandlungszeiten sehr gute Lernbedingungen für Auszubildende. Sie könnten einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung leisten. Auch aktuelle Gesetzgebungsverfahren schließen die Reha-Kliniken weiterhin aus (z.B. Pflegefachassistenz).

Erwartungen der BWKG-Mitglieder:

- Die Landesregierung setzt sich dafür ein, dass Reha-Kliniken Träger der praktischen Ausbildung von Gesundheitsberufen (Pflege und Therapie) werden können und entsprechend an der Finanzierung über den Ausbildungsfonds partizipieren.

Externe Qualitätssicherungsverfahren vereinheitlichen

Die GKV und die DRV haben unterschiedliche externe Qualitätssicherungsverfahren. Eine gegenseitige Anerkennung der Verfahren wäre theoretisch möglich, wird in der Praxis aber nicht umgesetzt. Die Reha-Kliniken sind so gezwungen, an beiden Verfahren teilzunehmen. Dies produziert unnötigen bürokratischen Aufwand.

Erwartungen der BWKG-Mitglieder:

- Die Landesregierung setzt sich für eine aufwandsärmere Qualitätssicherung in der Reha ein. Ziel ist ein kostenträgerübergreifend einheitliches externes Qualitätssicherungsverfahren.

Berücksichtigung von ganztägig ambulanten Reha-Kliniken

Im SGB V gelten als Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen nur stationäre Einrichtungen. Die ganztägig ambulanten Reha-Kliniken werden dadurch benachteiligt. Dafür gibt es keinen sachlichen Grund.

Erwartungen der BWKG-Mitglieder:

- Die Landesregierung setzt sich für die gesetzliche Gleichstellung ganztägig ambulanter Reha-Kliniken ein (Erweiterung des § 107 Abs. 2 SGB V).
- Die Landesregierung setzt sich dafür ein, dass auch ganztägig ambulante Reha-Kliniken Apothekenversorgungsverträge abschließen dürfen.

Geriatriekonzept weiter umsetzen

Die geriatrischen Reha-Kliniken leisten einen wichtigen Beitrag zur Versorgung der älteren Menschen im Land. Aufgrund der unzureichenden Vergütung ihrer Leistungen sind diese Einrichtungen von einer Schließung bedroht. Dies gefährdet die im Geriatriekonzept des Landes formulierte flächendeckende Versorgung der Bevölkerung.

Erwartungen der BWKG-Mitglieder:

- Die Landesregierung setzt sich zur Verhinderung von Versorgungslücken für eine auskömmliche Finanzierung der geriatrischen Reha-Kliniken ein.